

## Amerika gegen die schwarzen Listen.

Berlin, 10. September.

Der Vertreter des Wolffschen Bureaus meldet aus Washington unter dem 7. d. durch Funkpruch:

Der Ausschuss beider Häuser des Kongresses hat das Staatshaushaltsgesetz mit allen Zusätzen angenommen, die dem Präsidenten Vergeltungsvollmachten gegen eine Störung des amerikanischen Handels gewähren, mit Ausnahme des Zusatzantrages Bhelan, von dem man große Härten gegen die Amerikaner in fremden Ländern durch Wiedervergeltungsmaßnahmen befürchtet.

Staatssekretär Lansing bestätigte die vom Senator Thomas im Senate gemachte Mitteilung, daß der Zusatzantrag Thomas, wonach die Ausklarierung von Schiffen von Kriegführenden, die die Amerikaner benachteiligen, verweigert werden soll, mit Zustimmung des Staatsdepartements eingebracht worden ist. Dieser Zusatzantrag ermächtigt den Präsidenten, die bewaffneten Kräfte der Nation, wenn nötig, zur Ausführung seiner Verordnungen in Anspruch zu nehmen. Auch die anderen Zusatzanträge, mit Ausnahme des Antrages Bhelan, hatten die Zustimmung des Staatsdepartements.

## Zustimmung der amerikanischen Presse.

New York, 9. September.

Der Vertreter des Wolffschen Bureaus meldet durch Funkpruch:

Die Zeitungen besprechen die Maßregeln, die vom Senat angenommen wurden und die Vergeltungsmaßnahmen gegen die britische Schwarze Liste usw. gestatten. Die Blätter heben den drastischen Charakter dieser Maßregeln hervor, erklären aber, daß sie berechtigt und notwendig sind. Es gab im

runde keinen Widerstand gegen die Annahme der Bestimmungen.

Die Meldung des Hearst'schen internationalen Nachrichtendienstes aus Washington besagt: Es wurde mitgeteilt, daß, wenn sich diese Maßregeln als ungenügend im Schutze der amerikanischen Interessen erweisen sollten, andere für die Beratung im Kongress in der Dezemberung vorbereitet werden sollen.

Ein Beamter des Staatsdepartements erklärte, daß die Vereinigten Staaten Ernst machen wollen. Im Senat ist mitgeteilt worden, daß alle diplomatischen Anstrengungen, den auf der Schwarzen Liste stehenden amerikanischen Bürgern zu helfen, erfolglos gewesen sind. Mit Bezug auf die Maßnahmen, welche den Präsidenten ermöglichten, auch Land- und Seestreitkräfte, soweit es notwendig sein sollte, in Anspruch zu nehmen, heißt es in der Meldung: Der Gebrauch der Flotte könnte in dem Maße notwendig werden, als amerikanische Schiffe in anderen Häfen von der britischen Regierung beschlagnahmt würden.

Unter der Ueberschrift „Drastisch aber gerecht“ heißt es in einem Leitartikel des „World“: Die Zusätze zu dem Staatshaushaltsgesetz geben dem Präsidenten außerordentlich hohe Machtvollkommenheiten, aber offenbar kann dem kritischen Mißbrauch der Macht nur durch solche Maßregeln begegnet werden. Was in England geschehen ist, ist nicht eine Maßregel der Zensur, es ist die Unterdrückung von Verbindungen, die keinerlei Verpflichtungen gegen neutrale Regierungen oder neutrale Bürger anerkennen. Was die schwarze Liste betrifft, so würde deren Anerkennung die Vereinigten Staaten zu einem bloßen Handelsvasallen des britischen Reiches machen. Die britische Regierung hat zur Wiedervergeltung herausgefordert, und sie sollte sich über die natürlichen Folgen ihrer eigenen Politik nicht beklagen.

„Evening Post“ schreibt im Leitartikel: Ueber die Abstimmung im Senat sollte sich niemand wundern, auch allerwenigsten das Auswärtige Amt in London. Seine Beamten sind oft genug gewarnt worden, daß die Geduld Amerikas zu Ende gehe. Die Warnungen sind keineswegs nur von amerikanischer Seite ausgegangen. Das britische Vorgehen ist in steigendem Maße aufreizend geworden, namentlich seitdem das britische Auswärtige Amt damit angefangen hat, ausgerechnet zu bestimmen, was das amerikanische Volk lesen soll oder nicht lesen soll. Die veränderte Haltung Amerikas gegenüber England ist nur dessen eigener Handlungsweise zuzuschreiben. Die Amerikaner sind nicht willens, sich unter eine britische Vormundschaft zu stellen oder alle Nachrichten über das, was in der Welt vorgeht, aus der Hand des britischen Zensors zu empfangen.